

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Juli/August 2026

hauptstadt magazin



**BERLIN
GEWINNT
MIT
OLYMPIA**

**dbb berlin
unterstützt
die Bewerbung!**



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© dbb berlin

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

von Sommerpause konnte bis kurz vor Redaktionsschluss in der Berliner Politik für den öffentlichen Dienst nicht die Rede sein. Vielmehr hat das Bestreben, den Landesdienst fit für die Zukunft zu machen, im Juni noch einmal kräftig Fahrt aufgenommen.

Welche Überlegungen dazu in der zuständigen Senatsverwaltung für Finanzen angestellt werden, hat das hauptstadt magazin nicht nur in einem sehr offenen Gespräch mit Finanzstaatssekretär Wolfgang Schyroki, sondern auch beim Zukunftstag PEP & PERSPEKTIVEN am 17. Juni im Friedrichstadt-Palast erfahren.

Erfreulich ist – auch mit Blick auf die Zukunft –, dass die Novelle zum Berliner Personalvertretungsgesetz, in die der dbb berlin wesentliche Aspekte wie die Verbesserung der Freistellungsstaffel einbringen konnte, nach einigem Hin und Her doch noch Ende Juni den Senat passiert hat.

Sehr viel weniger erfreulich ist dagegen, dass die Beihilfebearbeitungszeiten nach kurzem Rückgang wieder erheblich angestiegen sind. Wir berichten, warum das so ist und wie baldmöglichst Abhilfe geschaffen werden soll.

Heiß diskutiert wird in diesem Sommer in Berlin aber auch ein ganz anderes Thema, nämlich die Bewerbung der Stadt für die Ausrichtung von Olympischen Spielen. Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner und der Olympiabeauftragte Kaweh Niroomand haben den Tag der offenen Tür im Roten Rathaus Anfang Juni genutzt, um das auch für den Breitensport äußerst vorteilhafte Konzept vorzustellen, das der Berliner Bewerbung zugrunde liegt und auch vom dbb berlin mitgetragen wird. Ich drücke jedenfalls Berlin fest die Daumen, wenn schon am 26. September die erste Entscheidung fällt.

Mit sommerlichen Grüßen

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Gespräch mit Finanzstaatssekretär Schyroki 4

Besoldung

Reparatur nicht verschieben! 5

Mitbestimmung

PersVG-Novelle passiert den Senat 5

Beihilfe

Lange Bearbeitungszeiten 6

Berliner Zukunftstag 7

Aus Einrichtungen und Mitgliedsgewerkschaften

dbb Senioren kritisieren 9

Kürzungsprogramm 10

Erfolg bei HJAV-Wahlen 10

Teilzeitkampagne der DPoG-Frauen 10

VBE: Konsequenzen aus Gewaltstudie 11

ziehen 11

DPVKOM: gutes Wahlergebnis 11

Titelgeschichte

Berliner Olympiabewerbung 12

Unterhaltung

Preisrätsel 14

Zum guten Schluss

dbb berlin beim Motzstraßenfest 16

Letzte Meldung 16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. Telefon: 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. Internet: www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. E-Mail:

mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung:

Marion Clausen, Telefon: 030.7261917-32. E-Mail:

marion.clausen@dbbverlag.de. Anzeigendisposition:

Britta Dorr, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 23, gültig

ab 1.1.2026. Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. Fotos: wie angegeben.

Titelbild: © BERLIN+

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Blick in die Zukunft

Die öffentliche Verwaltung muss flexibler werden!

Circa 40 Prozent der Tätigkeiten der öffentlichen Verwaltung werden sich in nicht allzu ferner Zukunft durch den Einsatz neuer Technologien und künstlicher Intelligenz (KI) verändern. Nicht wenige werden wegfallen. Gleichzeitig eröffnen sich damit aber neue Aufgabenfelder und Verantwortlichkeiten, sodass es bei diesem in der privaten Wirtschaft schon fortgeschrittenen Umbruch nicht um Personalabbau, sondern um eine Aufgabenverlagerung auf technologiegestützte Tätigkeiten geht.



Finanz-
staatssekretär
Wolfgang Schyrocki

Das hat auch Finanzstaatssekretär Wolfgang Schyrocki in einem Gespräch mit dem hauptstadt magazin bekräftigt. Ohne mehr Flexibilität innerhalb der Verwaltung wird dieser Prozess allerdings nicht vonstatten gehen.

So kann sich der Staatssekretär beispielsweise durchaus vorstellen, dass aufgrund von Aufgabenverschiebungen Stellenanteile flexibler eingesetzt und neu konzentriert werden müssen. Mehr Flexibilität im Gesamtsystem sei gefragt, was auch Veränderungsbereitschaft der Organisation und des Einzelnen, zum Beispiel im Hinblick auf den Tätigkeitsbereich, bedeutet.

Notwendige Kompetenzen vermitteln

Vor allem aber, führte der Staatssekretär aus, gelte es, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer bislang noch unzureichend digitalisierten öffentlichen Verwaltung mit den für die Umstrukturierung notwendigen Fähigkeiten auszustatten. „KI-Grundkompetenz“, ist sich Schyrocki sicher, „wird Basiskompetenz für alle Beschäftigten sein.“ Nur so könnten Möglichkeiten, Grenzen und Risiken der künstlichen Intelligenz überhaupt richtig eingeschätzt werden.

Enorme Konsequenzen werde die Modernisierung der Verwaltung aber auch für den Nachwuchs haben: Hier werden KI- und Datenkompetenz, Prozessgestaltung und Projektmanagement in den Zukunftsberufen der öffentlichen Verwaltung eine entscheidende Rolle spielen, während Routinetätigkeiten zunehmend durch KI übernommen werden.

Unverzichtbarer Beamtenstatus

Nicht gerüttelt werden soll bei diesem Prozess am bewährten Beamtenstatus, der Stabilität, Überparteilichkeit und Verlässlichkeit der öffentlichen Verwaltung sicherstellt. Auf den Prüfstand gehören

allerdings nach Auffassung von Schyrocki die Einsatzgebiete der Beamten und auch die Ausgestaltung des Beamtenrechts. Während keinerlei Zweifel am Einsatz von Beamten in der Hoheitsverwaltung bestünden, sei durchaus denkbar, dass der Status in anderen Bereichen verzichtbar oder auch, etwa in sensiblen Bereichen der Daseinsvorsorge oder technologischen Hotspots, etabliert werden muss.

Was die Ausgestaltung des Beamtenrechts anbelangt, das nach der Föderalismusreform ungut auseinandergedriftet ist, habe das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichts mit seinen Vorgaben für eine amtsangemessene Alimentation jetzt zu einer engen Zusammenarbeit der Länder in Sachen Strukturreform geführt. Schyrocki zeigte sich zuversichtlich, dass Verwerfungen und unzeitgemäße Starre, etwa im Laufbahnrecht, länderübergreifend reformiert werden.

Berlin treibt Verwaltungsreform voran

In Berlin, betonte Schyrocki abschließend, seien in der laufenden Legislaturperiode schon entscheidende Weichen in Sachen Verwaltungsmodernisierung gestellt worden. Das Personalentwicklungsprogramm stehe und die Erfassung sämtlicher Landes- und Bezirksaufgaben sei abgeschlossen. Der jetzt vorliegende Aufgabenkatalog, der einen kompletten Überblick über das Verwaltungshandeln im Land Berlin und in den Bezirken bietet, erlaube eine effiziente Steuerung der Zuständigkeiten. Mit dem inzwischen ebenfalls verabschiedeten Konnexitätsausführungsgesetz, das eine den zugewiesenen Aufgaben entsprechende Mittelverteilung sicherstellt, stehe der Weg für eine sinnvolle Neuordnung offen. Das wiederum werde allerdings nicht ohne die bereits skizzierten Anforderungen an die Flexibilität und Mobilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter funktionieren.



Besoldung

Reparatur darf nicht aufgeschoben werden

Der dbb berlin hat ein Reparaturgesetz zum Ausgleich der jahrelangen verfassungswidrigen Unteralimentation der Berliner Beamtinnen und Beamten sowie ein entsprechendes Gesetz zur Besoldungsanpassung noch vor den im September stattfindenden Abgeordnetenhauswahlen gefordert.

In Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden und Landesvorsitzenden von CDU, SPD, Grünen und Linken heißt es dazu, dass besondere Eilbedürftigkeit nicht nur wegen des durch jahrelange Verzögerungstaktik entstandenen Vertrauensverlustes der Beamten in die Berliner Politik geboten sei. Vielmehr verlange die von der Brandenburger Landesregierung beabsichtigte schnelle Rückkehr zur verfassungsgemäßen Besoldung umgehend eine entsprechende Berliner Reaktion, soll es nicht zu einer massiven Abwanderungswelle der Berliner Beamtinnen und Beamten in das benachbarte Bundesland kommen. Schon in den nächsten Jahren, erinnert der dbb berlin in seinem

Schreiben, werde der Ruhestand von circa 40.000 Beamten die Berliner Verwaltung vor kaum lösbare Aufgaben stellen. Ein zusätzlicher Abwanderungsstrom in Richtung Brandenburg wäre nicht mehr zu verkraften, wolle man der Berliner Bevölkerung, die teilweise schon jetzt über lange Wartezeiten bei Behörden klagt, keinen Bärenienst erweisen.

In zahlreichen Gesprächen mit Landespolitikern war dem dbb berlin zuvor vermittelt worden, dass das Reparaturgesetz vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 20. September 2026 nicht beraten beziehungsweise verabschiedet werden soll. ■

GLEICHER LOHN FÜR BERLINER BEAMTE

PersVG-Novelle passiert den Senat

Die Novelle des Personalvertretungsgesetzes (PersVG) hat am 23. Juni 2026 den Senat passiert und wurde an den Rat der Bürgermeister zur Stellungnahme überwiesen.

Der von Finanzsenator Stefan Evers vorgelegte Referentenentwurf enthält folgende Schwerpunkte:

- > erweitertes Zugangsrecht der Gewerkschaften,
- > Gewährleistung rechtssicherer elektronischer Kommunikation zwischen Dienststelle und Personalvertretung im Beteiligungsverfahren,
- > zeitliche Flexibilisierung von Beteiligungsverfahren durch die Möglichkeit einvernehmlicher Fristabsprachen,
- > vorläufige Regelungen zur Sicherung der Handlungsfähigkeit des Staates bei unvorhergesehenen Ereignissen,
- > Präzisierung der Beteiligungsrechte durch einen Negativkatalog für Ablehnungsgründe,
- > Regelung der datenschutzrechtlichen Verantwortlichkeit der Personalvertretung bei der Verarbeitung personenbezogener Daten,
- > neue und präzisierte bereits bestehende Mitbestimmungstatbestände, zum Beispiel im Bereich flexibler Arbeitsformen und -zeiten, der Anordnung von Mehrarbeit und der Vereinbarkeit von Beruf, Pflege und Familie.
- > beschleunigte Beteiligungsverfahren durch freiwillige Vorratsbeschlüsse.

Der dbb berlin hat bei der Entwicklung des Entwurfs sowohl in zahlreichen internen Sitzungen als auch in Besprechungen mit der Senatsverwaltung für Finanzen intensiv mitgearbeitet. Besonderer Dank des dbb berlin gilt in diesem Zusammenhang den Mitarbeitern der Senatsverwaltung, die immer wieder viel Zeit in die Diskussion des Entwurfs investiert haben.

Einige Passagen sollten dennoch nachgeschärft werden. Der dbb berlin wird deshalb in einem weiteren Gesetzgebungsverfahren bei den Fraktionen des Abgeordnetenhauses für zusätzliche Veränderungen werben, um ein fortschrittliches und beschäftigtenfreundliches Landespersonalvertretungsgesetz für das Land Berlin sicherzustellen.

Beihilfe

Antragsflut verlängert Bearbeitungszeiten

Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Beihilfeanträgen durch den Beihilfeservice des Landesverwaltungsamtes ist im vergangenen Jahr auf gut 19 Arbeitstage wieder deutlich angestiegen. 2023 waren es dank der Einführung der volldigitalen Beihilfe noch knapp zwölf Arbeitstage gewesen.

Pflegeanträge werden allerdings wegen der hohen finanziellen Belastungen der Antragsteller vorgezogen und nach wie vor in etwa sechs Arbeitstagen beschieden.

Finanzstaatssekretär Wolfgang Schyrocki begründete die Entwicklung, die trotz Digitalisierung und freiwilliger Mehrarbeit der Beschäftigten nicht gebremst werden konnte, mit einem massiven Anstieg des Antragsvolumens auch infolge der demografischen Entwicklung.

Ein wesentlicher Schritt in Richtung dauerhafter Stabilisierung der Bearbeitungssituation, hob der Staatssekretär in seiner Antwort auf eine entsprechende Anfrage im Abgeordnetenhaus hervor, werde insbesondere von einer KI-basierten Unterstützung der Beihilfesachbearbeitung erwartet. Deren Probebetrieb sei für das 3. Quartal 2026 geplant. Die Automatisierung, so Schyrocki, sei der entscheidende Hebel, um trotz steigender Fallzahlen den Beihilfeservice verlässlich für die rund 135.000 Kundinnen und Kunden zu erbringen. ■

PEP & PERSPEKTIVEN

Der Berliner Zukunftstag

17. Juni 2026

#PEP2030
LandespersonalHAUPTSTADT
MACHEN

PEP & PERSPEKTIVEN

Wegweisender Berliner Zukunftstag

Die größte Bühne der Welt im Berliner Friedrichstadt-Palast war am 17. Juni 2026 gerade groß genug, um die von der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen eingeladenen Nachwuchskräfte auf die Transformation des öffentlichen Dienstes einzustimmen. Denn nicht weniger als rund 1.000 junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter füllten die Zuschauerränge, um mehr über ihre eigene, künftig weitgehend technologie- und KI-gesteuerte Zukunft im Dienst des Landes Berlin zu erfahren.

Hatte Gastgeber Finanzstaatssekretär Wolfgang Schyrocki bereits in seiner Eröffnung keinen Zweifel daran gelassen, dass die Berufsbilder im Landesdienst vor einem tiefgreifenden Veränderungsprozess stehen, so wurde spätestens durch den Auftritt einer virtuellen KI-Animation auf dem Großbildschirm deutlich, in welchen Bereichen das Tool dem Menschen haushoch überlegen ist – aber auch, wo seine Grenzen liegen.

Fachwissen nicht verzichtbar

Eindrucksvoll vertieft wurde dieser Aspekt durch Professorin Jutta Rump, eine Expertin für Personalmanagement und Organisationsentwicklung an der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigshafen. Ihre klare Botschaft: Durch Digitalisierung können wiederkehrende gleichartige Abläufe automatisiert werden. Die KI dagegen, die in kürzester Zeit Daten sammeln sowie Muster und Zusammenhänge erkennen kann, bedarf kompetenter Anweisungen und Kontrollen, vergleichbar etwa einem Assistenten. Deshalb werde es neben den

notwendigen digitalen Anwendungskompetenzen auch in Zukunft nicht ohne Fachwissen und Sozialkompetenz gehen.

Keinen Zweifel ließ die Wissenschaftlerin daran, dass die längst eingeläutete „technologische Revolution“ mit ihren weitgehenden Konsequenzen für berufliche Entwicklungen durch die demografische Entwicklung zusätzlich an Fahrt gewinnen wird.



Kein eingleisiger Prozess

Auch Finanzsenator Stefan Evers betonte in einem anschließenden Podiumsgespräch, dass „Zwischenmenschlichkeit“ bei der Transformation der öffentlichen Verwaltung nicht geopfert werden dürfe. Unter großem Beifall des Auditoriums stellte er klar, dass der gesamte Prozess keineswegs eingleisig von oben nach unten gesteuert werden soll, sondern nur unter Einsatz aller Beschäftigten zufriedenstellend bewältigt werden könne.

Evers räumte ein, dass Berlin bei der technischen Ausstattung seines Landesdienstes immer noch limitiert sei. Das Land habe dadurch aber die Chance, vorhandene Erfahrungen zu nutzen und sich Schritt für Schritt einer ausgewogenen Aufgabenteilung zwischen Mensch und Technik anzunähern.

Zukunft hat begonnen

Dass die Zukunft längst begonnen hat, stellte die anschließende Bilanz der Leiterin der Abteilung Landespersonal in der Senatsverwaltung für Finanzen, Ellen Cavdarci, unter Beweis. Ob es um die Rekrutierung neuer Mitarbeiter, um Einarbeitung, Schulung und Fortbildung geht oder um Stellenbesetzungsprozesse und Reformen im Dienstrecht, eine Vielzahl der Kernprojekte im PEP 2030 sei zwischen 2023 und 2026 bereits durch Gesetze, Verordnungen, Konzepte, Vereinbarungen und Programme umgesetzt worden.

In einer weiteren Podiumsdiskussion wurden die praktischen Auswirkungen der umgesetzten Maßnahmen diskutiert. Cavdarci, räumte dabei allerdings wie zuvor schon der Finanzsenator ein, dass die immer noch sehr heterogene digitale Landschaft in der Berliner öffentlichen Verwaltung die Arbeit immens erschwere. Ein vergleichbarer Flickenteppich wurde auch bei der baulichen Ausstattung der Behörden, die von hochmodern bis stark sanierungsbedürftig reicht, kritisiert.

Dagegen findet das am 1. Juni gestartete Projekt „Beschäftigtenwohnen“, mit dem bezahlbarer



Großer Zuspruch für Beschäftigtenwohnen

Wohnraum für Einsteiger in den Berliner Landesdienst bereitgestellt wird, den Beifall auch der HJAV. Wünschenswert wäre überdies die Ausstattung aller Nachwuchskräfte mit digitalen Endgeräten.

Am Ende der Veranstaltung, es folgte in einem zweiten Teil noch die Vergabe eines Ausbildungspreises (siehe unten), versprach Staatssekretär Schyrocki, der die eingeleitete Personalentwicklung sinnvollerweise gern legislaturübergreifend abgesichert sieht, dass der Dialog auf Augenhöhe fortgesetzt werde. „Es wäre auch ausgesprochen schade, wenn das nicht der Fall wäre“, kommentierte dbb Landeschef Frank Becker, „denn mit dem Zukunftstag wurde ein Weg in der Personalpolitik des Landes eingeschlagen, der auf partnerschaftliche Zusammenarbeit setzt.“ Das sei auch im Programmablauf deutlich geworden, der mit Umfragetool, Videosequenzen, lockeren Podiumsdiskussionen und Kurzvorträgen auf das junge Auditorium zugeschnitten war. In den Sachbeiträgen habe es weder Fachchinesisch noch Phrasendrescherei gegeben, ausnahmslos sei Klartext gesprochen worden.

Frank Becker abschließend: „Der Senatsverwaltung für Finanzen kann man zu der gelungenen Veranstaltung nur gratulieren. Wünschenswert wäre jetzt ein weiterer Zukunftstag für die Führungskräfte in der öffentlichen Verwaltung. Denn gerade auch mit ihnen steht und fällt das Gelingen der notwendigen Transformation.“

Zwei Ausbildungspreise!

In der Kategorie „Innovative Ausbildungsprojekte“ hatte die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz mit dem Projekt „Digitalisierung im Schülerpraktikum“ die Nase vorn. Mit den Teilprojekten PraktiBER, PraktiLab und „Online-Praktikum“ werden digitale und niedrigschwellige Zugänge zur Berufsorientierung geschaffen sowie Ausbildungs- und Praktikumsprozesse modernisiert.

Zweiter Gewinner ist das Bezirksamt Treptow-Köpenick. In der Kategorie „Rahmenbedingungen für Praxisanlei-

tende“ mit dem Projekt „Praxisanleitung – 360° Wegweiser“. Das Projekt stärkt durch ein Inhouse-Schulungsprogramm die Handlungssicherheit von Praxisanleitern, fördert den fachlichen Austausch und trägt zu einer nachhaltigen Verbesserung der Ausbildungsqualität bei.

Für den Ausbildungspreis 2026 wurden insgesamt 14 Projekte aus zehn Dienststellen eingereicht. Die beiden prämierten Projekte erhielten jeweils ein Preisgeld in Höhe von 1.500 Euro.

dbb Senioren kritisieren „massives Kürzungsprogramm“

Als massives Kürzungsprogramm zulasten der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen hat die Seniorenvertretung des dbb berlin den von der Bundesregierung vorgestellten Referentenentwurf eines „Pflege-neuordnungsgesetzes“ bezeichnet.

Auf Unverständnis stieß auch, dass der dbb berlin trotz entsprechender Intervention nicht an der Verbändeanhörung zum Altenhilfestrukturegesetz beteiligt worden ist. Kritisch sieht die Seniorenvertretung in diesem Zusammenhang die Bestimmung des Gesetzes, dass den Leistungen der Kommune künftig eine Prüfung der Einkünfte und des Vermögens der Bedürftigen vorangehen soll.

Auch die lange Bearbeitungsdauer von Beihilfeanträgen (ausgenommen Pflege und höhere Summen) wurde bei der Sitzung der Seniorenvertretung am 10. Juni 2026 moniert. Positiv bewerteten die Teilnehmer demgegenüber die gute Zusammenarbeit mit den Brandenburger dbb Senioren, die Übernahme des Ergebnisses der Tarifverhandlungen und eine



vom Vorsitzenden Holger Schulz nach dieser Sitzung organisierte „Eastside-Tour“ per Schiff auf der Spree.

Zwar waren gesundheits- oder urlaubsbedingt viele Seniorenvertreter verhindert, aber die verbliebenen neun Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben bei Sonnenschein und leichter Bewölkung eine angenehme, zweieinhalb Stunden dauernde Schifftour erlebt und konnten zwischen Bundeskanzleramt und Rummelsburger Bucht die Zeit zum Gedankenaustausch nutzen. ■

Altenhilfestrukturegesetz verabschiedet

Am 21. Mai 2026 hat das Berliner Abgeordnetenhaus das Altenhilfestrukturegesetz verabschiedet, das einen wichtigen Schritt zur besseren Teilhabe und verlässlichen Unterstützung für ältere Menschen markiert.

Zahlreiche Vertreter aus Gesellschaft und Politik haben die damit erreichte zusätzliche Konkretisierung von Altenhilfemaßnahmen bei einer Feier am Ende der 52. Berliner Seniorenwoche am 4. Juli 2026 gewürdigt, unter anderem die zuständige Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege, Ina Czyborra, sowie die Vorsitzende der Zehnten Altenberichtscommission der Bundesregierung, Cornelia Kricheldorf.

Als erstes Bundesland hat Berlin damit verbindliche gesetzliche Vorgaben für die Altenhilfe gemäß § 71 SGB XII geschaffen. Die bereits bestehende Gesetzgebung wurde durch Vorgaben für die Landesverwaltung und die Bezirke sowie durch Richtwerte und Standards für Information und Beratung, Teilhabe und Begegnung sowie Einzelfalleleistungen näher

beschrieben. Neu und ergänzend zu dieser Gesetzgebung soll ein berlinweit einheitliches Verwaltungshandeln bei einkommensabhängigen Einzelfalleleistungen durch Ausführungsvorschriften bis Ende des Jahres geregelt werden.

Die Seniorenvertretung des dbb berlin kritisiert allerdings die vorgesehenen Prüfungen bei Leistungen der Kommunen und wird bei den Beratungen der Ausführungsvorschriften verstärkt den Fokus darauf richten, dass sich die Altenhilfe nicht zu einer Armenhilfe entwickelt und Überregulierung vermieden wird.

„Mein besonderer Dank gilt dem Seniorenbeauftragten des BTB (Gewerkschaft Naturwissenschaft und Technik) Berlin und Brandenburg, Günter Treudt, der sich aktiv mit Rat und Tat in den Gesetzgebungsprozess eingebracht und die Berliner Landesseniorenvertretung unterstützt hat“, hob der Vorsitzende der Seniorenvertretung des dbb berlin, Holger Schulz, im Zusammenhang mit der Positionierung des dbb berlin hervor. ■

HJAV-Wahlen

Erfolg für die Liste des dbb berlin

„Zukunft ist kein Zufall“, das fanden auch viele junge Kolleginnen und Kollegen und sorgten dafür, dass die Liste des dbb berlin einen weiteren Sitz in der HJAV dazugewinnen konnte.

Aktiv am Geschehen in der Haupt-Jugend- und-Auszubildendenvertretung des Landes Berlin wirken nun Steuerberaterin Anne-Cathrin Horak, Polizeimeister Robin Hermann und Steuerinspektor Maximilian Hundsdoerfer mit.

meister Robin Hermann und Steuerinspektor Maximilian Hundsdoerfer mit.

Teilzeit

DPolG-Frauen gehen in die Offensive

Die Frauen der Deutschen Polizeigewerkschaft Berlin haben eine Plakataktion gestartet. Auf drei verschiedenen Plakaten wird die Forderung erhoben, dass ein ausreichendes Teilzeitangebot nicht an Desorganisation und verkrusteten Strukturen scheitern dürfe.

Ergänzend warnt Daniela Peetz, die auch als Mentorin und Coach für Frauen und Gleichstellung tätig ist, vor einem weiteren Fallstrick: „Werden Teilzeitanteile personell nicht konsequent nachbesetzt oder Aufgaben nicht an das reduzierte Stundenvolumen angepasst, entstehen zusätzliche Belastungen in den Teams. Offene Stellenanteile und fehlende Aufgabensteuerung führen langfristig zu Arbeitsverdich-

tung und können das Miteinander in den Dienststellen belasten.“

Die Aktion ist Teil einer Kampagne, zu der die dbb landesfrauenvertretung berlin aufgerufen hat. Die Praxisberichte aus den dbb Mitgliedsgewerkschaften werden fortgesetzt.



Teilzeit zeigt, wo Arbeitsorganisation nicht funktioniert.



© DPolG Berlin (3)



Teilzeit zeigt, wo Strukturen nicht tragen:
Wenn Aufgaben nicht angepasst werden, entsteht Überlastung und Mißgunst.



Gute Arbeitsbedingungen brauchen mehr als flexible Arbeitszeiten, sie brauchen realistische Aufgaben und funktionierende Strukturen.



Gewaltstudie

VBE Berlin erwartet praktische Konsequenzen

Mit dem Berliner Konflikt- und Gewaltbarometer hat Berlin als erstes Bundesland eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung zu Konflikten, Gewalt, Diskriminierung und Konformitätsdruck an Schulen vorgelegt.

Die Studie, die auf den Angaben von mehr als 14.000 Schülern sowie über 2.500 Lehrkräften und pädagogischen Mitarbeitern basiert, weist erschreckende Ergebnisse aus: Mehr als die Hälfte der Lehrkräfte und pädagogischen Mitarbeiter bewertet Gewalt und Konflikte an der eigenen Schule als großes oder sehr großes Problem. Fast zwei Drittel berichten von einer Zunahme der Gewalt seit der Coronapandemie. Besonders auffällig sind die Entwicklungen an Grundschulen, die zunehmende Bedeutung digitaler Konflikte sowie religiöser und sozialer Konformitätsdruck, den viele Schülerinnen und Schüler an ihren Schulen wahrnehmen.

Auf Grundlage der Ergebnisse soll laut Bildungsministerin Katharina Günther-Wünsch ein Dreiklang von

Prävention, Intervention und Repression die Gewalt künftig frühzeitig verhindern. Der VBE Berlin begrüßt die Studie, nachdem die Problematik über viele Jahre ignoriert worden ist. Es werde jetzt aber darauf ankommen, welche Konsequenzen gezogen werden. Der vorgesehene Dreiklang bedürfe der Präzisierung und der Bereitstellung zusätzlicher Mittel sowie gesetzlicher Maßnahmen, soweit mehr Repression greifen soll.

Besonders kritisch sieht der VBE Berlin im Zusammenhang mit dem Ziel verstärkter Prävention den Stellenabbau in den Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) sowie die Überfrachtung der Schulpsychologie in vielen Bezirken mit Verwaltungsaufgaben für die Jugendämter. ■

Betriebsratswahlen bei der Deutschen Post

Gutes Ergebnis für die DPVKOM

Bei den turnusmäßigen Betriebsratswahlen aller bundesweiten Niederlassungen und zentralen Betriebe der Deutschen Post AG vom 5. bis 7. Mai konnte die DPVKOM in den drei Berliner Niederlassungen zwei Mandate hinzugewinnen.

Wie der Berliner Gewerkschaftssekretär Stefan Ziegler präzisierte, seien allerdings die Ergebnisse in den drei Niederlassungen „so vielfältig wie das Leben in seiner Heimatstadt gewesen“:

Am erfolgreichsten war das Abschneiden der DPVKOM bei der Niederlassung Berlin Paket, in der dank zweier hinzugewonnener Sitze jetzt sechs DPVKOM-Mitglieder im Betriebsrat vertreten sind.

Auch in der Niederlassung Berlin 2 wurde ein Sitz hinzugewonnen, während in der Niederlassung Berlin 1 ein Sitz verloren ging. ■

Stefan Ziegler



Die Bewegung, die Deutschland jetzt braucht.

**Olympia in Deutschland.
Dafür sein ist alles.**

Deutsche Olympiabewerbung

Alles spricht für Berlin!

Deutschland will sich für die Austragung der Olympischen Sommerspiele 2036, alternativ auch für 2040 und 2044, bewerben. Zusammen mit Berlin haben drei weitere Städte ihren Hut in den Ring geworfen, um sich dem IOC als Schauplatz dieses sportlichen Megaereignisses zu präsentieren. Warum bei diesem Wettrennen, über dessen Sieger schon am 26. September entschieden wird, eigentlich alles für Berlin spricht, haben der Regierende Bürgermeister Kai Wegner und der Berliner Olympiabeauftragte Kaweh Niroomand beim Tag der offenen Tür im Roten Rathaus am 6. Juni 2026 präzisiert.

Punkten kann Berlin insbesondere damit, dass sämtliche Sportstätten bereits vorhanden sind, was von vornherein Neubauten, die nach den Spielen überflüssig werden, ausschließt. „Allerdings gibt es erheblichen Sanierungsbedarf an den bestehenden Anlagen“, räumte der Regierende ein, „der ohne den zusätzlichen Kick durch Olympische Spiele nicht zu schultern wäre.“ Also ein Benefit für die Stadt und ihre Jugend oder wie Wegner wörtlich ausführt: „Mit den Spielen erhält Berlin Geld – Einnahmen für die künftige Generation.“

Boxkämpfe in der Waldbühne?

Nicht nur vorhandene Sportstätten sollen übrigens genutzt werden, sondern auch kulturelle Veranstaltungsorte. „Man stelle sich Boxkämpfe in der Waldbühne vor oder auch die Eröffnungsveranstaltung auf dem Tempelhofer Feld“, skizziert Kaweh Niroomand vorhandene Möglichkeiten.

Auch weitere wirtschaftliche Vorteile hält er den Gegnern der Berliner Bewerbung, die hauptsächlich die Kosten der Austragung Olympischer Spiele ins Feld führen, entgegen. So würden durch den Bau eines olympischen Dorfes nahe der Messe Berlin auf dem ehemaligen Gelände des Güterbahnhofs Halensee/Wilmersdorf nicht weniger als 2.400 Wohnungen entstehen, ganz zu schweigen von vielen zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Vorbereitungsphase. Auch das Gastgewerbe und Kulturschaffende könnten während der Spiele und danach profitieren, in ganz besonderem Maße aber der Breitensport.



Olympia-
beauftragter
Kaweh
Niroomand

Ostdeutsche Länder eingebunden

Für das Berliner Konzept spricht auch die Einbindung der ostdeutschen Bundesländer. So ist der Weg zu den in Warnemünde geplanten Segelwettbewerben nicht weit, die Brandenburger Seen bieten sich für zahlreiche Wassersportarten an und selbst Leipzig ist als Startplatz für Radrennen nach Berlin angedacht. Die Route würde am Ende über die Glienicker Brücke bis zum Brandenburger Tor führen. „Mehr Symbolik für Freiheit und Vielfalt geht nicht“, begeisterte sich

der Regierende Bürgermeister, der zugleich darauf hinwies, dass Siegerehrungen nicht im Olympiastadion vorgesehen sind, sondern am Brandenburger Tor, das für Einigkeit und die Fähigkeit steht, Mauern zu überwinden. Wegradiert würde auch der dunkle Fleck der Spiele von 1936, wenn die Welt 100 Jahre später auf das Wahrzeichen eines demokratischen, freien und geeinten Deutschlands schaut, begeistert sich der Berliner Regierungschef.

Zustimmung wächst

Mit Kaweh Niroomand als ehrenamtlichem Olympiabeauftragten hat Berlin eine kluge Wahl getroffen, um die Olympiaskeptiker in der Stadt für die Idee der Spiele zu gewinnen. Der gebürtige Iraner hat die Integrationskraft des Sports schon in sehr jungen Jahren bei seinem Zuzug nach Deutschland selbst erfahren. Mit seinen außerordentlichen Erfolgen im Berliner Volleyball – 16-mal hat er die BR Volleys als Trainer oder als Manager und Geschäftsführer zum deutschen Meistertitel und achtmal zum Pokalsieg geführt – ist er in der Berliner Sportwelt eine Größe, die auch die Sportvereine von den Vorteilen einer Olympiabewerbung überzeugen kann.

Niroomand selbst sieht seine Aufgabe als Beauftragter auch vorrangig in der Kommunikation, die er offenbar schon sehr erfolgreich betrieben hat: Die Zustimmungsrate in der Bevölkerung ist zumindest binnen Jahresfrist von 46 Prozent auf 60 Prozent angestiegen. Besonders junge Menschen können sich für die Idee begeistern.

Gute Erfolgschancen

Die Erfolgschancen Berlins gegenüber den verbliebenen Mitbewerbern Köln und München – Hamburg hat inzwischen zurückgezogen – schätzt er durchaus optimistisch ein, insbesondere wegen des ehrlichen Konzepts und der internationalen Strahlkraft Berlins. Außerdem habe die Stadt wiederholt unter Beweis gestellt, dass sie sportliche Großveranstaltungen allen Alltagsproblemen zum Trotz „kann“. Man denke nur an die Fußball-Welt- und -Europameisterschaften.

Unterstützt wird die Berliner Olympiabewerbung uneingeschränkt vom dbb berlin. Dazu der Landesvorsitzende Frank Becker: „Wir erwarten, dass durch Investitionen in die bereits vorhandenen Sportstätten der Berliner Breitensport massiv gefördert wird. Das ist im Interesse aller Berlinerinnen und Berliner.“

Mehr:
<https://www.berlin-olympiabewerbung.de/>

EIN PAAR OLYMPIA-SIEGER STEHEN FEST: ÖFFIS, WOHNUNGSBAU, TOURISMUS.

Mit den Olympischen und Paralympischen Spielen

schaffen wir einen Turbo für unsere Stadtentwicklung.



POLITISCHE ANZEIGE. Der Sponsor ist der Berliner Senat. Der Sponsor wird kontrolliert vom Abgeordnetenhaus von Berlin. Die Anzeige steht im Zusammenhang mit der Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele. Weitere Informationen unter berlin-olympiabewerbung.de/TTPA.



Vier Stunden Wellnessvergnügen ...

Juli/August 2026



dbb berlin beim Motzstraßenfest 2026

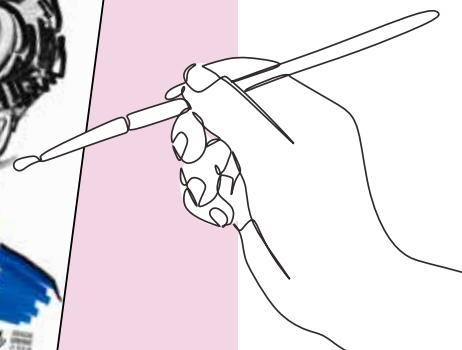
Auch beim 32. lesbisch-schwulen Stadtfest am 18. und 19. Juli 2026 hat der dbb berlin mit Unterstützung zahlreicher Mitglieder aus seinen Fachgewerkschaften und -verbänden wieder zahlreiche interessierte Besucher aus Berlin und der Bundesrepublik über seine gewerkschaftlichen Aktivitäten informiert. Prominentester Gast am dbb Infostand: Finanzsenator Stefan Evers (im Bild 5. von links). Das Stadtfest ist mit über einer halben Million Besuchern das größte queere Event und Antigewaltprojekt Europas. ■



Letzte Meldung

Unter den spitzen Zeichenstift von Karikaturistin Christine geraten ist der dbb Landesvorsitzende Frank Becker beim Sommerempfang der Jüdischen Gemeinde zu Berlin am 23. Juni.

Sehen Sie selbst!



© ngupakart/stock.adobe.com